

die Hauptlieferländer. Waren aus den USA und der EU machten 13,9% aus.

Am 30. Dezember konnte eine Hongkongerin als neunmillionster Tourist am Bootsanleger begrüßt werden. Damit konnte Macau dieses Jahr einen neuen Besucherrekord aufstellen, die alte Höchstmarke lag bei 8,15 Mio. im Jahr 1996. Bereits Ende November war sie mit 8,35 Mio. Touristen übertroffen worden, ein Zuwachs um 22,8% verglichen mit demselben Zeitraum 1999. Schon bis Ende Oktober waren mehr Touristen nach Macau gekommen als im Ganzen Jahr 1999: 7.621.400 gegenüber 7.443.924. (XNA, 7., 12., 14., 16., 19., 23., 24.12.00; Macau Government Information Bureau website, 5., 18., 22., 27., 30.12.00) -ljk-

Taiwan

38 „Kleiner Grenzverkehr“ wird verwirklicht

Mit der Verwirklichung eines „kleinen Grenzverkehrs“ zwischen den von Tai bei verwalteten Miniarchipelen Kinmen (Quemoy, Jinmen) und Matsu (Mazu) einerseits und dem nahe gelegenen chinesischen Festland (Provinz Fujian) andererseits deutete sich Ende des Jahres erstmals seit langem wieder etwas Bewegung im blockierten chinesisch-chinesischen Verhältnis an.

Während die drei „großen“ Direktverbindungen - Handel, Verkehr, Telekommunikation - zwischen Taiwan und dem Festland nach wie vor auf sich warten lassen, da Beijing von der taiwanischen Regierung die Anerkennung ihrer Ein-China-Doktrin verlangt, ehe diesbezügliche Verhandlungen aufgenommen werden können, entschloss sich Taipei nach langen Vorbereitungen im Dezember, die „drei kleinen Direktverbindungen“ im Alleingang zu realisieren, und zwar zunächst in Form von Schiffsverkehr zwischen den offiziell zur Provinz Fujian gehörenden festlandnahen Inseln und dem VR-chinesischen Festland sowie durch Legalisierung des seit Jahren oder Jahrzehnten laufenden Kleinschuggels, bei dem vor allem Fischer aus Kinmen Festlandswaren für den Eigenbedarf und den

lokalen (Schwarz-)Markt kaufen. Die Kinmen-Gruppe vor der Bucht von Xiamen (Amoy) umfasst außer der Hauptinsel Kinmen elf weitere Eilande; die kürzeste Entfernung zum Festland beträgt lediglich 2.310 Meter. Kinmen macht den weitaus größten Teil der Gesamtfläche dieser Gruppe von 150 Quadratkilometern aus; hier wohnen auch die meisten der 52.000 Einwohner. Der Matsu-Archipel, vor der Mündung des Minjiang unweit der Provinzhauptstadt Fuzhou gelegen, besteht aus sieben Inseln, deren größte, Nankan (Nangan), nur eine Fläche von 10,4 Quadratkilometern besitzt; die kürzeste Entfernung zum Festland beträgt 9.250 Meter. Matsu hat lediglich 6.000 Einwohner. (*The Republic of China Yearbook 2000*, Taipei 2000, S.19; CP, 25.12.00) Neben der ortsansässigen Bevölkerung spielen auf beiden Inselgruppen die dortigen Garnisonen eine große Rolle.

Ein kleiner Grenzverkehr mit dem Festland hatte schon länger auf der politischen Wunschliste gestanden und wurde vor allem auf den Inseln selbst mit Nachdruck gefordert. Bereits im November hatte Tsai Ingwen (Cai Yingwen), die Vorsitzende des Rats für Festlandsfragen (MAC), die tatsächliche Realisierung für die Jahreswende in Aussicht gestellt, doch blieben bis kurz vor dem historischen Datum noch Zweifel, ob die Einrichtung der Verbindungen wie geplant geschehen könne. Tatsächlich räumte die Regierung letzte Hindernisse erst Mitte bis Ende Dezember aus dem Weg.

Die rechtlichen Voraussetzungen hatte der Legislativ-Yuan bereits im März 2000 geschaffen. (Vgl. C.a., 2000/3, Ü 48) Hatte es damals noch geheißt, selbst ein kleiner Grenzverkehr sei ohne bilaterale Verhandlungen nicht realisierbar, sah dies die neue Regierung unter Präsident Chen Shui-bian offenbar anders, nachdem Beijing alle seine Verständigungssignale ignoriert oder als nicht ernst gemeint abgetan hatte: Mit einer einseitigen Öffnung der Direktkontakte, so die von Ministerpräsident Chang Chun-hsiung (Zhang Junxiong) nun mehrmals vorgetragene Überlegung, stelle Taiwan seine guten Absichten unter Beweis und gewinne praktische Erfahrungen, wie sie für die spätere Realisierung voller Direktverbindungen Taiwans mit dem Festland nützlich seien.

Im Sinne der intendierten Signalwirkung ist ein besonderes Detail zu sehen: Anfang Dezember hieß es in Taipei noch, Besucher aus der VR China könnten auf Kinmen und Matsu erst dann zugelassen werden, wenn zuvor in bilateralen Gesprächen mit einem beiderseitigen Verkehr verbundene Fragen geklärt worden seien. In einer überraschenden Wende wurden festländische Besucher dann doch akzeptiert; sie müssen bestimmten, vordefinierten Kriterien genügen (Verwandte von Insulanern, Geschäftsleute, Trauergäste etc. sein) und dürfen maximal sechs Tage bleiben, zudem wird die Zahl der Gäste, die gleichzeitig auf den Inseln weilen, auf 700 beschränkt. Diese Regelung soll zunächst für ein Jahr gelten. Auf taiwanischer Seite steht der kleine Grenzverkehr - ähnlich dem einst zwischen den beiden deutschen Staaten praktizierten - nur den Grenzanrainern, hier also den Insulanern, offen. Taiwaner, die nicht mindestens sechs Monate auf Kinmen oder Matsu gelebt haben und dort nicht ordnungsgemäß gemeldet sind, müssen für eine Reise aufs Festland nach wie vor den Weg über Hongkong oder Drittstaaten nehmen. Besucher vom Festland, die im Rahmen des kleinen Grenzverkehrs kommen, dürfen ihrerseits nicht auf die Hauptinsel Formosa oder in anderes taiwanisches Territorium weiter reisen. Auch dürfen Kinmen und Matsu weiterhin nicht als Umschlagplätze für den Warenverkehr zwischen Taiwan und dem Festland dienen. Taiwanischen Besuchern auf den Inseln soll allerdings erlaubt werden, dort im Rahmen des persönlichen Bedarfs auch festländische Waren einzukaufen.

Die angekündigten Restriktionen im Grenzverkehr verhinderten auf Kinmen und Matsu im Dezember das Aufkommen jeglicher Euphorie hinsichtlich der erhofften und auch von Taipei intendierten wirtschaftlichen Effekte. Die Legalisierung des Schmuggels jedenfalls dürfte kaum zu einer Verstärkung des Warenverkehrs führen. Allenfalls die Besucher vom Festland könnten den bislang isoliert lebenden Insulanern einige zusätzliche Erwerbsquellen öffnen. Die Verwaltung von Kinmen hofft allerdings auf den Bau einer Wasserleitung zum Festland, um die angespannte Süßwasserversorgung zu verbessern.

Während die unmittelbaren praktischen Auswirkungen des kleinen Grenzverkehrs einstweilen gering bleiben dürften, sind die politischen Effekte doch nicht zu übersehen. Da ist zum einen der symbolische Aspekt: Erstmals seit 1949 wird die unsichtbare Grenze in den Gewässern der Taiwanstraße wieder in offiziellem und regelmäßigem Verkehr überwunden. Auch die chinesische Regierung in Beijing konnte sich dem nicht völlig entziehen und entschloss sich nach anfänglichem Abwiegen - in Taibei betreibe man nur „politische Spielchen“ - Ende Dezember doch noch dazu, über untergeordnete Stellen etwas freundlichere Äußerungen an die Öffentlichkeit zu bringen, wonach man die Einrichtung der Direktverbindungen unterstützen wolle. In Fujian selbst, vor allem im gegenüber von Kinmen gelegenen Xiamen, standen die Verantwortlichen den Direktverbindungen schon früher offenbar sehr viel aufgeschlossener gegenüber, sahen aber durch Beijings taiwanfeindliche Politik ihre Hände gebunden.

Vor allem aber scheint für die taiwanische Seite mit dem Entschluss zum kleinen Grenzverkehr ein lähmender Bann gebrochen. Bestehende politische und Sicherheitsbedenken wurden nun endlich im Interesse einer aktiven Gestaltung der politischen Zukunft Taiwans beiseite geschoben. Schon stehen Pläne bereit, die einstweiligen Restriktionen im kleinen Grenzverkehr nach einer Probephase von einigen Monaten zu lockern; gleichzeitig konkretisieren sich die Überlegungen für die Aufnahme voller Direktverbindungen. Sind erst beide chinesische Staaten Mitglied der Welthandelsorganisation WTO, so die Vorstellungen in Taibei, verfüge Taiwan damit über eine neue Plattform, um mit dem Festland über die Gestaltung der Direktverbindungen zu sprechen, deren Realisierung dann kaum mehr zu umgehen - und für Taiwan zudem ökonomisch wünschenswert - sei. Mit der Aufnahme der großen drei Direktverbindungen sei für die 2. Hälfte 2001 zu rechnen, erklärte ein Vertreter des Nationalen Sicherheitsbüros in Taibei Anfang Dezember. Die erste Phase der drei Direktverbindungen terminierte Tsai Ing-wen vom MAC Ende November allerdings bereits auf Ende Januar 2001, sofort

nach der von ihr damals prognostizierten WTO-Aufnahme Taiwans. Im MAC scheint man von dieser optimistischen Planung jedoch Mitte Dezember bereits wieder abgerückt zu sein, als es hieß, man wolle Pläne für die vollen Direktverbindungen in der ersten Jahreshälfte 2001 bekannt geben.

Auch auf dem Festland stellt man sich offenbar darauf ein, dass es allen von Taiwan nicht erfüllbaren Forderungen nach Anerkennung der Ein-China-Doktrin zum Trotz schon 2001 zur Aufnahme direkter Verkehrsverbindungen kommen könnte. Anders ist kaum zu erklären, dass am 18. Dezember eine zwölköpfige Delegation der festlandschinesischen zivilen Flugverkehrsverwaltung CAAC zu Sondierungsgesprächen in Taiwan eintraf. (*Ching-chi Jih-Pao*, Taipe, 29.11.00, nach SWB, 4.12.00; CNAT, 3.12., nach SWB, 5.12.00; CNAT, 6.12., nach SWB, 7.12. und 8.12.00; CP, 2.12., 9.12., 14.12., 15.12., 16.12., 19.12., 21.12., 23.12., 28.12., 29.12.; SCMP, 28.12.00) -hws-

39 Taiwan liberalisiert Regeln für Besuche von Festlandschinesen

Taiwans Gesetzgeber lockerte Anfang Dezember die Einreisebestimmungen für Bürger der Volksrepublik China.

Während Bürger Taiwans ohne Probleme nach China einreisen können, bestanden auf taiwanischer Seite bislang Restriktionen für Besucher vom Festland. Es musste sich um Verwandtenbesuche, Besuche zu Trauerfeiern oder zu offiziellen Veranstaltungen handeln, wozu von taiwanischer Seite einzuladen war. In der Folge bestand ein großes Ungleichgewicht: Seitdem Taiwans Regierung im Jahr 1987 Reisen aufs Festland gestattete, nutzten über 16 Mio. Taiwaner diese Möglichkeit, während im Gegenzug nur 540.000 Besucher aus dem um Vieles bevölkerungsreicheren Festland kamen, im abgelaufenen Jahr rund 8.000 pro Monat.

Nachdem nun bereits im letzten Monat die Bestimmungen für festländische Journalisten liberalisiert worden waren (vgl. C.a., 2000/11, Ü 50), lockerte die Legislative im Dezember nun auch generell die Einreise- sowie arbeitsrechtliche Bestimmungen

für VR-Bürger. Ab Juni 2001 werden sie nunmehr normale touristische Reisen nach Taiwan unternehmen können. Während diese Bestimmung vor allem das taiwanische Tourismusgewerbe erfreute, dürfen Taiwans Hochtechnologiebranchen darauf hoffen, schon bald Nachwuchskräfte vom Festland zum Einsatz auf der Insel anwerben zu können.

Gleichzeitig hob das Parlament eine Bestimmung auf, derzufolge Taiwaner, die sich länger als vier Jahre auf dem Festland aufhielten, ohne zwischen durch heimzukehren, automatisch ihre Staatsangehörigkeit verloren.

Während der Rat für Festlandsfragen die Gesetzesinitiative unterstützte, sich allerdings unter Zeitdruck bei der verwaltungsmäßigen Umsetzung sieht, stimmte die Fraktion der Regierungspartei von Präsident Chen Shui-bian einhellig gegen die Liberalisierung, wobei sie Gründe der nationalen Sicherheit ins Feld führte. Spionage und Sabotage, so die Befürchtungen, werden in Zukunft für die Gegenseite um Vieles leichter sein als bisher. Offen ist bisher, ob die VR China ihren Bürgern touristische Reisen nach Taiwan gestatten wird, solange der offizielle Dialog zwischen beiden Seiten nicht wieder aufgenommen wurde. Immerhin bildet die Liberalisierung der Einreisebestimmungen ähnlich wie die Aufnahme des kleinen Grenzverkehrs (s. vorangehende Übersicht) ein Signal, das die Regierung in Beijing mit Interesse zur Kenntnis nehmen wird, auch wenn sie es öffentlich nicht kommentiert. (CP, 6.12., 13.12.00; <http://interactive.wsj.com>, 5.12.00) -hws-

40 Wirtschaft: Rückblick und Ausblick auf 2001

Während Taiwan für 2000 erneut auf glänzende Exportzuwächse blicken kann, verdunkelt die Paralyse an der politischen Spitze die Wirtschaftsprognosen fürs neue Jahr.

Gemessen an europäischen Maßstäben dürfte die taiwanische Wirtschaft, so zeichnete sich im Dezember ab, im Jahr 2000 wieder traumhafte Zuwächse erreicht haben. Trotz weiterer Produktionsverlagerungen ins Ausland erhöhten sich die Warenausfuhren in den ersten elf Monaten um 23,3% gegen-

über dem Vorjahreszeitraum; das entsprechende Wachstum bei den Einfuhren lag sogar bei 29,1%, jedoch auf niedrigerem Niveau, sodass ein Überschuss von 6,66 Mrd. US\$ zu verzeichnen war. Hochwertige Waren (Informationstechnik, Stahl, optische Geräte) legten im Export sogar um 30,7% zu und waren allein für 71,3% aller Ausfuhrerlöse verantwortlich. Für den Dezember rechneten die staatlichen Wirtschaftsstatistiker allerdings mit nachgebenden Werten, sodass im Jahresvergleich ein Exportplus von unter 22% und ein Importplus von unter 28% wahrscheinlich sei. Beim Bruttoinlandsprodukt wurde ein Wachstum von 6,47% erwartet.

Trotz dieser stattlichen Werte wehte Taiwans Wirtschafts- und Finanzpolitikern im Dezember der Wind ins Gesicht, nachdem die Bonitätsagentur Standard & Poor die Wirtschaftsaussichten für 2001 auf „negativ“ heruntergestuft hatte - angeblich zum ersten Mal in Taiwans Geschichte. Als Grund wurde genannt, dass sich Regierung und Legislative gegenseitig blockieren - beispielsweise zogen sich die Auseinandersetzungen um den Haushaltsentwurf für 2001 bis zum Jahresende hin -, sodass sich Taiwans Bonität vor dem Hintergrund Not leidender Kredite und staatlicher Finanzhilfen an die Privatwirtschaft weiter verschlechtere; hinzu kamen die gedämpften Wachstumsaussichten in der Weltwirtschaft sowie speziell im Hauptexportmarkt für Taiwans Waren, den USA.

Die staatliche Kommission für Wirtschaftsplanung und Entwicklung (CEPD) strich in ihrer Reaktion auf die S&P-Einstufung Taiwans Aktiva heraus, musste allerdings Schwierigkeiten in gewissen Bereichen einräumen. Während sie am 7. Dezember für 2001 noch ein Wirtschaftswachstum von 6,1% prognostiziert hatte, äußerte sie sich zweieinhalb Wochen später bereits vorsichtiger: Das Wachstum werde niedriger ausfallen als 2000, aber nicht so niedrig wie 1999, als es 5,7% betrug. Sollte das Chung Hwa Institut für Wirtschaftsforschung mit seiner Prognose recht behalten - plus 5,74% für 2001 -, so würde der Wert von 1999 jedoch nur äußerst knapp verfehlt. Die Wertentwicklung des US-Dollar und der Ölpreise sowie die Unsicherheiten der politischen Lage gegenüber China ließen keine ge-

naue Prognose zu, erklärte die CEPD. Ebenfalls noch unsicher ist das Datum von Taiwans WTO-Beitritt sowie dessen kurzfristige Folgen für Taiwans Wirtschaft - in Taiwan erwartete man den Beitritt noch im Januar. Für das zweite Quartal 2001 sah die CEPD allerdings wieder eine stärker anziehende Konjunktur voraus.

Tatsächlich muss die Paralyse an der politischen Spitze als wichtiger Grund zur Sorge gelten. Dabei blockieren sich nicht nur Regierung und Legislative, sondern auch innerhalb der Legislative kommt es zu wechselnden Koalitionen, die eine schlüssige Wirtschaftspolitik verhindern - so zuletzt im Dezember bei der Frage, ob die im Juni getroffene populistische Entscheidung für 84 Arbeitsstunden pro 14 Tage nicht rückgängig gemacht werden müsse - blockierte die Kuomintang-Fraktion eine entsprechende Initiative. (Vgl. C.a., 2000/6, Ü 50) Für die Regierung scheint sich ihre Antiatompolitik unter wirtschaftlichem Gesichtspunkt zunehmend als Fehler zu erweisen: Unter anderem wegen der unsicheren Stromversorgung, die auch im renommierten Technologiepark von Hsinchu immer wieder zusammenbricht (am 25.12. zum 40. Mal im laufenden Jahr), haben zwei der führenden Mikroelektronikfirmen beschlossen, neue Fabriken im Ausland zu errichten - die eine in Singapur, die andere in Israel.

So wird sich womöglich noch ein weiterer ökonomisch nachteiliger Trend verstärken: der zu erhöhter Erwerbslosigkeit. Die Quote erreichte im November mit 3,23% den höchsten Wert seit 1986. (CP, 7.12., 8.12., 20.12. 21.12., 25.12., 27.12.00; SCMP, 8.12.00; *Ching-chi Jih-Pao*, Taipei, 29.11.00, nach SWB, 4.12.00; <http://interactive.wsj.com>, 28.12.00) -hws-